

Freising Frontal ist die regelmäßig erscheinende Zeitung des Kreisverbandes der Freisinger Linken und informiert über politische, soziale und gesellschaftliche Themen der Region Freising aus Sicht sozial engagierter Bürgerinnen und Bürger.

Der Kapitalismus als vermeintlich logische Folge des Liberalismus lastet auf ihm wie eine Hypothek. Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus ist daher die Voraussetzung seiner Zukunft.

Karl Hermann Flach - Generalsekretär der F.D.P. (1972/1973)

freising
frontal

Zeitung des Kreisverbandes

DIE LINKE.

Ausgabe 2017

Eine starke LINKE für ein soziales Land

Deutschland ist ein reiches Land. Trotzdem nimmt die Armut bei uns zu. Denn Reichtum ist ungleich verteilt.

Während die reichsten 10% der

werden. Dann ist genug Geld da, um bezahlbare Wohnungen, bessere Schulen und KITAs, höhere Hartz-IV-Sätze und menschenwürdige Renten zu finanzieren.



Setzen sich in Freising für soziale Gerechtigkeit ein: Dr. Guido Hoyer mit Gisela Fink ©Daniel Weigelt

Deutschen 74 % des Gesamtvermögens besitzen, bleiben der unteren Hälfte, also über 40 Millionen Menschen, nur 2% des Geldvermögens. Es ist Zeit, umzusteuern. Unser Steuerkonzept wird Normalverdiener durch höhere Freibeträge bei der Einkommenssteuer entlasten.

Wir wollen, dass die gesellschaftlichen Reichtümer gerechter verteilt werden. Unternehmensgewinne, hohe Einkommen und Vermögen müssen gerechter besteuert

Wir setzen uns ein für gute Arbeit: Für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, für die Stärkung von Betriebsräten und Gewerkschaften. Wir treten auf gegen Leiharbeit und sachgrundlose Befristung.

DIE LINKE will Hartz IV abschaffen. Höhere Regelsätze sofort und dann endlich eine gerechte Grundversicherung. Wir sind gegen das Renteneintrittsalter ab 67 und wir fordern eine Mindestrente von 1050 €. Die Rente soll den erarbeiteten Lebensstandard auch im Alter erhalten können. Riesterrenten lehnen wir ab, denn Alterssicherung darf kein Spekulationsobjekt sein! Wir wollen keine Zweiklassen-Medizin. Deutschland braucht eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige und Beamte.

DIE LINKE ist die Friedenspartei. Auslandseinsätze der Bundeswehr haben die Welt nicht sicherer gemacht. Wir werden sie stoppen. Wir wollen die Fluchtursachen bekämpfen, statt durch Waffenexporte Konflikte anzuheizen. Mit uns gibt es keine 3. Startbahn am Flughafen „Franz-Josef-Strauß“. Wir treten für eine nachhaltige und ökologische Verkehrsplanung ein. Kurzstreckenflüge, z. B. von München nach Nürnberg, gehören abgeschafft. Der Klimakiller Flugverkehr darf nicht gegenüber anderen Verkehrsmitteln steuerlich begünstigt werden: Her mit der Kerosinsteuer!

Wir wollen Mobilität für alle, auch für Menschen ohne Auto: Ausbau des Regionalbusnetzes und bezahlbare Fahrpreise mit Sozialtickets und SozialBahncard.

Soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Gesellschaft sind finanzierbar. Man muss nur den Mut haben, für die Mehrheit der Menschen Politik zu machen.

In dieser Ausgabe

Die Bundesregierung heizt den internationalen Rüstungswettlauf an	Seite 2
Die Asylanten...	Seite 4
Soll die Innenstadtgestaltung ein Stümperwerk werden?	Seite 6
Vorstellung: Rosemarie Eberhard	Seite 8
Presseerklärung zum Arbeitsverbot für Flüchtlinge	Seite 9
Aufmucken gehört zum guten Ton	Seite 10

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE, Kreisverband Freising
V.i.S.d.P: Guido Hoyer
Prinz-Ludwig-Str. 29
85354 Freising
www.freisinger-linke.de
Redaktion: Guido Hoyer, Albert Schindlbeck, Uwe Kroll, Simon Pfenninger, Jan Freudenreich

Die Bundesregierung heizt den internationalen Rüstungswettlauf an

CDU/CSU und SPD haben für das Jahr 2017 den größten Militärhaushalt seit dem 2. Weltkrieg verabschiedet. 2017 soll er um 8% wachsen. Auch Firmen aus dem Landkreis Freising mischen kräftig mit.

Auf mehr als 37 Milliarden Euro beläuft sich der November letzten Jahres beschlossene Rüstungshaushalt der Bundesregierung. Dies bedeutet eine Steigerung um satte 8 Prozent. Und damit nicht genug. Bei ihrem Antrittsbesuch in Washington versprach Kanzlerin Angela Merkel dem neuen US-Präsidenten Donald Trump, in den nächsten Jahren 24 Milliarden mehr für Rüstung auszugeben.

Um die Aufrüstung Deutschlands – und auch die Aufrüstungspläne der anderen NATO-Staaten – richtig beurteilen zu können, muss man sich die Kräfteverhältnisse auf der Erde anschauen. Weltweit sind die Rüstungsausgaben im vergangenen Jahr laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI auf etwa 1,572 Billionen Euro angestiegen, das sind unglaubliche 1572 Milliarden Euro! Die Staaten dieser Welt geben also mehr als zehnmal so viel Geld für Krieg aus als für Entwicklungshilfe. Spitzenreiter bei den Militärausgaben sind die USA, ihr „Verteidigungshaushalt“ belief sich 2016 auf 611 Milliarden Dollar, gefolgt von China mit 215 Milliarden Dollar und Russland mit 69 Milliarden.

Der US-Militärhaushalt ist also fast zehnmal so groß wie der Russlands. Die Militärausgaben der europäischen NATO-Länder belaufen sich auf mehr als 250 Milliarden Euro. Dies ist etwa so viel wie die Militärbudgets von Russland und China zusammen.

Die geplante Anhebung des deutschen Militärhaushalts von knapp 13 Prozent bis 2019 hat zum Ziel, die Bundeswehr massiv aufzurüsten. Will die Bundesregierung damit die Voraussetzung dafür schaffen, ihren Führungsanspruch in Europa auch militärisch zu untermauern? Der Kabinettsbeschluss vom vergangenen Herbst

Euro teurer als ursprünglich geplant. Ein Schwerpunkt bei den höheren Neuausgaben sollen Investitionen in Hightechwaffen wie die Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne sein. Die Bundeswehr erhält auch eine ganze Cyberstreitmacht mit der explizit geäußerten Absicht, offensiv die Netze anderer Staaten angreifen zu können. Das wird Deutschland und die Welt nicht sicherer machen. Stattdessen wird der internationale Rüstungswettlauf angeheizt.

Die Bundesregierung will auch immer neue Auslandseinsätze schicken zu können. Jetzt sind es 16 an der Zahl. Das kostet. Es gibt aber noch ein weiteres Problem:

Diese Auslandseinsätze entfalten ihre eigene eskalierende Dynamik. Das Beispiel Afghanistan zeigt auf tragische Art und Weise, wohin diese Auslandseinsätze führen. Die Taliban sind so stark wie seit 2001 nicht mehr.

Es kann nicht angehen, dass Steuermilliarden für neue Rüstungsprojekte bereitgestellt werden, während gleichzeitig an Sozialem gekürzt wird. Allein in den Krankenhäusern fehlen mindestens 50.000 Pflegekräfte, nur um den Personalbestand des Jahres 2007 wieder zu erreichen. Kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder und Bibliotheken werden geschlossen. Hintergrund ist das Kürzungsdiktat der sogenannten Schuldenbremse.



THE SHOW MUST GO ON

ist Deutschlands Beitrag zu der in der Nato verabredeten Aufrüstungsrunde. Das Geld soll zudem die Zusatzkosten abdecken, die durch industriefreundliche Beschaffungsverträge entstanden sind. Allein die 15 größten laufenden Rüstungsprojekte werden 12,9 Milliarden

50.000 Pflegekräfte, nur um den Personalbestand des Jahres 2007 wieder zu erreichen. Kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder und Bibliotheken werden geschlossen. Hintergrund ist das Kürzungsdiktat der sogenannten Schuldenbremse.

DIE LINKE fordert daher eine Ausgabenbremse für den Militärhaushalt.

Die verhängnisvolle Tendenz, immer mehr Steuergelder in Rüstung und Krieg zu stecken, zeigt sich auch im Landkreis Freising, wo im Geschäft mit dem Tod Milliardenumsätze gemacht werden. Die Unternehmen der Rüstungsindustrie legen wenig Wert auf öffentliche Aufmerksamkeit. Sie betreiben ihre Geschäfte lieber im Dunkeln.

freising frontal nennt die vier bedeutendsten Rüstungsfirmen im Landkreis, die in den vergangenen Jahren enorme Zuwächse an Umsatz und Gewinn erzielt haben.

1. AEROMARITIME Systembau GmbH, Neufahrn: Tätigkeitsfeld der Firma mit etwa 100 Beschäftigten ist die Entwicklung, die Produktion und der Vertrieb von Kommu-

nikationssystemen, Navigationssystemen und Sekundärradar-systemen, sowohl für den maritimen als auch landgestützten Einsatz. Sie erzielte im Jahr 2014 einen Umsatz von etwa 25 Millionen Euro.

2. Raytheon Deutschland GmbH: die in Freising-Lerchenfeld beheimatete Firma mit knapp 50 Beschäftigten widmet sich der Instandhaltung, Ersatzteilbeschaffung und Systementwicklung für das Emitter Location System (ELS) des ECR Tornado der deutschen und italienischen Luftwaffe. 2015 belief sich ihr Umsatz auf 18 Millionen Euro.

3. EUROJET Turbo GmbH, Hallbergmoos: Das Geschäftsfeld der Firma erstreckt sich auf Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Turbinenriebwerken für die Luftfahrt. Die derzeit circa 35 Beschäftigten erwirtschafteten

2015 einen Umsatz von 600 Millionen Euro.

4. Panavia Aircraft GmbH, Hallbergmoos: ein internationales Unternehmen mit knapp 80 Mitarbeitern im Landkreis, das die Verantwortung für das Tornado-Projekt hat. 977 Exemplare des Mehrzweckkampfflugzeugs Panavia PA200 Tornado wurden gebaut. Der zweistrahlige Schwenkflügler ist derzeit bei der Luftwaffe, der Royal Air Force, der Aeronautica Militare sowie der Royal Saudi Air Force im Einsatz. Die Panavia Aircraft GmbH hat Alenia Aeronautica, BAE Systems und die EADS als Anteilseigner. Bei einem Umsatz von 500 Millionen Euro wurde 2015 ein Gewinn von 7 Millionen Euro erzielt.

von Albert Schindlbeck



**Jede Stimme für DIE LINKE
ist eine Stimme gegen Ungerechtigkeit, für eine
lebenswerte Zukunft, für den Frieden.**

Am 24. September haben Sie die Wahl:

§ Noch mehr Bereicherung oben und Armut unten. Oder mehr soziale Gerechtigkeit.

§ Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner belasten. Oder Millionäre zur Kasse bitten.

§ Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Oder zurück zu einer friedlichen Außenpolitik.

§ Dritte Startbahn. Oder Reduzierung des Flugverkehrs und Mobilität für alle.

„Die Asylanten nehmen uns die Wohnungen weg“

Immer weniger Wohnungen, immer mehr Flüchtlinge. Auf den ersten Blick scheint richtig, was mancher meint: „Die Asylanten nehmen uns die Wohnungen weg.“ Trotzdem ist es falsch.

Nehmen wir das Beispiel Freising: 2003 hatten wir in unserer Stadt 1703 Sozialwohnungen, heute sind es noch 719. Fast 1.000 günstige Wohnungen fielen aus der Sozialbindung, Neubau Fehlanzeige, denn Bauunternehmer und Spekulanten interessieren sich nur für gut verkaufbare oder vermietbare Immobilien, ein Blick auf Freising's Neubaugebiete wie „Stein-Areal“ und „Isar-Flimmern“ zeigt es. Raten Sie mal, wie viele Bewilligungen für öffentlich geförderte Wohnungen im Landkreis Freising in den letzten Jahren erfolgt sind: 2012 war es eine, 2013 19, 2014 zwei, 2015 immerhin 35. Immerhin? Das sind im Durchschnitt der vier Jahre 0,08 Wohnungen auf 1.000

Landkreisbürger. Wie in Freising, so fast überall in Deutschland: Im bundesweiten Durchschnitt hat sich in den letzten 30 Jahren der Bestand an Sozialwohnungen um zwei Drittel verringert. Deutschlandweit fehlen 5 Millionen Sozialwohnungen. Und der Abbau geht weiter: 50.000 Wohnungen fallen jedes Jahr aus der Sozialbindung. Es gehört schon viel Phantasie dazu, „die Ausländer“ dafür verantwortlich zu machen. Es sind die Politiker aller

bisher regierenden Parteien, CDU /CSU, FDP, Grüne, SPD, denen es offenkundig egal ist, ob Wohnungen bezahlbar sind.

Anders DIE LINKE. Wir fordern eine öffentlich finanzierte Wohnungsoffensive, für die wir 5 Milliarden € bereitstellen wollen. Und wir wollen festlegen, dass Sozialwohnungen bleiben und nicht wie bisher nach einigen Jahren aus der Sozialbindung entlassen werden. Wohnen ist Menschenrecht und nicht Spekulationsobjekt!

die Reichen, die Aktionäre zur Flüchtlingsintegration, ja zur Finanzierung der staatlichen Ausgaben überhaupt bei?

Die Vermögenssteuer ist abgeschafft. Die Körperschaftssteuer, Steuer auf Gewinne von Unternehmen, wurde bereits von rot-grün von 25 % auf 15 % gesenkt.

Reichtum, aber auch Armut nimmt zu: Die reichsten zehn Prozent der Deutschen besitzen drei Viertel (74 %) des Vermögens in Deutschland, die untere Hälfte, also über 40 Millionen Menschen, verfügen zu-

sammen über gerade mal 2 % des Geldvermögens im Land. 40 % der Deutschen haben heute ein geringeres Haushaltseinkommen als 1999. Immer mehr Kinder leben in Armut, die Durchschnittsrente liegt bei 842 € (800 € weniger als in Österreich), was die unternehmerfreundliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zu folgender Schlagzeile veranlasst: „Die



Warum nicht von Wien lernen? Zwei von drei Wienerinnen und Wiener wohnen in stadteigenen „Gemeindebauten“ und öffentlich geförderten Wohnungen. Mieten sind bezahlbar. Das ist nicht vom Himmel gefallen und schon gar nicht dem freien Markt zu verdanken, sondern Resultat sozialistischer Politik.

Sie alle kennen die markigen Worte der Bundeskanzlerin zur Flüchtlingsintegration: „Wir schaffen das“. Doch wen meint sie mit „wir“? Was tragen die „Oberen Zehntausend“,

Zahlungsmoral vieler Senioren sinkt. Eine große Last plagt überschuldete Deutsche über 65 Jahre. Sinkende Renten schwächen die Rechnungstreue künftig weiter, befürchtet die Inkassowirtschaft.“

Wer heute den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 € verdient, der müsste mehr als 60 Jahre lang arbeiten, um eine Netto-Rente auf dem Niveau der Grundsicherung zu bekommen.

DIE LINKE sagt: Es ist Zeit, umzusteuern! Wir wollen Vermögen ab 1 Million € mit 5 % besteuern, wir

wollen eine Finanztransaktionssteuer, wir treten dafür ein, dass Steuerhinterziehung und Geldwäsche endlich konsequent bekämpft werden. Und wir wollen die Unternehmenssteuern wieder auf 25% erhöhen – was unter Helmut Kohl richtig war, kann heute nicht falsch sein, heute, wo die Gewinne der deutschen Konzerne auf über 550 Milliarden € gestiegen sind. Für Einkommen über 1 Million € im Jahr setzen wir einen Höchststeuersatz von 75 % an.

Die Normalverdiener werden wir entlasten, weil wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 € Jahreseinkommen anheben. Bisher sind nur 8.820 € steuerfrei. Mit dem LINKEN Steuerkonzept können 80 Milliarden € Mehreinnahmen erzielt werden.

Aber werden diese Einnahmen nicht von den Kosten für die Flüchtlinge aufgefressen? Nein. Laut Institut der deutschen Wirtschaft werden zwar die Ausgaben für die nach Deutschland Geflüchteten auf rund 29 Milliarden € im Jahr 2020 steigen. Aber, so das Institut, auch wenn „die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge eine herausfordernde Aufgabe“ darstellt, läßt sich insgesamt ein „positiver Effekt der Flüchtlingsmigration auf die konjunkturelle Entwicklung der deutschen Wirtschaft“ feststellen.

Ein Großteil der nach Deutschland Geflüchteten flieht vor Kriegen, an denen deutsche Waffen nicht unbeteiligt sind. Es ist ein Hohn, wenn Afghanistan zum „sicheren Herkunftsland“ erklärt wird und zugleich die Medien fast täglich von neuen Anschlägen dort berichten. Trotz Bundeswehreininsatz seit 2001. Der Krieg kostete mehreren hunderttausend Menschen das Leben, die Hälfte der afghanischen Bevölkerung lebt im Elend, während der Opiumanbau floriert, Wahlbetrug weit verbreitet ist; dazu fällt Herrn

Bundespräsidenten Steinmeier, seinerzeit Außenminister, nichts Klügeres ein, als: „Wir bleiben alte Freunde. Das ist eine Freundschaft ohne Endtermin.“ Wir LINKEN wollen die Bundeswehr aus Afghanistan abziehen und die Auslandseinsätze stoppen. Wir sind die Einzigen im Bundestag, die für konsequente Friedenspolitik stehen. Die Bundesregierung will bis 2030 130 Milliarden € für Aufrüstung ausgeben. Milliarden fließen in Waffenexporte, die Menschen zur Flucht zwingen, für die dann, wenn sie nicht vorher im Mittelmeer ertrinken, in Deutschland angeblich „kein Geld da“ ist.

DIE LINKE fordert eine deutliche Kürzung des Rüstungsetats.

Geld kann sinnvoller verwendet werden als für die „Menschenabschlachtungsindustrie“ (Karl Marx). Vor allem dazu, die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Wenn unser Land zusammengebombt würde wie beispielsweise Syrien, würden wir wohl auch fliehen. Von daher sind zwei Dinge selbstverständlich: Solidarität mit den Geflüchteten hier und Engagement für Frieden und Gerechtigkeit weltweit, damit niemand mehr fliehen muss. Das setzt voraus, dass sich die deutsche Außenpolitik grundlegend ändert. Keine Kriegseinsätze an der Seite der NATO mehr, Anerkennung des Völkerrechts und der Menschenrechte als Grundlage der internationalen Politik.

Einfach nur widerlich ist die Hetze gegen Flüchtlinge, wie sie z. B. von NPD und AfD kommt. Unschuldige Menschen werden zu Sündenböcken gemacht, mit Hetzerei gegen Ausländer wird von der bisherigen neoliberalen Politik mit ihren katastrophalen Folgen abgelenkt. Denn die AfD ist selbst eine neoliberale Partei.

Im Grundsatzprogramm der AfD ist

zu lesen: „Der Staat hat sich verzettelt. Es bedarf einer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.“

Bildungspolitik also keine staatliche Aufgabe. Kein Problem für Reichenkinder in teuren Privatschulen.

Soziale Sicherung also keine staatliche Aufgabe. Keine Grundversicherung mehr, wenn die Rente nicht reicht.

Jugendhilfe also keine staatliche Aufgabe. Pflege also keine staatliche Aufgabe. Wer nicht genug Geld fürs Altersheim hat, hat eben Pech gehabt.

Die AfD muss man sich also leisten können.

Wer als Rentner, Arbeitsloser oder Normalverdiener diese Partei ankreuzt, ist selber schuld.

von Dr. Guido Hoyer

Wir laden Sie ein!

Gerne stellen wir Ihnen unsere Ziele vor, stehen Ihnen Rede und Antwort und werden uns Ihre Wünsche und Vorschläge für ein besseres Freising anhören.

Schreiben Sie uns oder besuchen Sie eine unserer Veranstaltungen.

www.freisinger-linke.de
freisingerlinke@gmail.com

FREISINGER LINKE.

Soll die Innenstadtgestaltung ein Stümperwerk werden?

*„Das folgenlose Reden wird als Meinungsfreiheit gefeiert. Die erschöpft sich darin, daß man alles sagen darf, weil es ohnedies niemanden interessiert“
(Michael Scharang)*

Für die Neugestaltung der Innenstadt wurde im Vorlauf ein ordentlicher Aufwand getrieben, Pläne und Bilder veröffentlicht, Versammlungen abgehalten, sogar eine Abstimmung durchgeführt. Also alles bestens, sollte man meinen.

Wenn die gesamte Innenstadt „verkehrsberuhigt“ neugestaltet werden soll, müsste der gestalterischen Planung eine Planung des Verkehrs mit der Prämisse der „größten erreichbaren Verkehrsberuhigung“ vorausgehen.

Von Stadträten wurde gesagt, eine vorausgegangene Verkehrsplanung sei nicht bekannt. Und wenn man sich das jetzt in der Heiliggeistgasse vorliegende Ergebnis ansieht, scheint das auch plausibel.

Die fertiggestellte Heiliggeistgasse: Auch aus schlechten Beispielen kann man lernen

Die Heiliggeistgasse wurde als „Spielstraße“ deklariert. Spielstraße bedeutet, dass Fußgänger die Straße in ihrer ganzen Breite benutzen dürfen; Kinderspiele sind überall erlaubt. Der Fahrzeugverkehr muss Schrittgeschwindigkeit (max. 7km/h) einhalten. Parken ist verboten. Das sind die wichtigsten Merkmale. Die Realität ist:

Der Fahrzeugverkehr in der Heiliggeistgasse/Gen.von Nagelstrasse hat sich erheblich erhöht, die Geschwindigkeitsbegrenzung wird nicht eingehalten, die großen Stadtbusse benutzen die Straße, ebenso ein Großteil des Ladeverkehrs für

die Innenstadt.

Anwohner haben sich an die Stadt gewandt mit Vorschlägen und der Bitte nach Maßnahmen, die die Situation entschärfen. Unter anderem war in der Antwort der Stadt folgendes zu lesen:

„Der Bund-Länder-Fachausschuss für den Straßenverkehr und die Verkehrspolizei hat dazu zuletzt in der Sitzung am 01./02.12.1998 festgestellt: Dort wo die Notwendigkeit gesehen wird, auf den Bedeutungsgehalt von Zeichen 325 StVO hinzuweisen, sei aller Erfahrung nach der verkehrsberuhigte Bereich falsch gestaltet worden; sinnvoll könnte dann, wenn eine Neugestaltung des verkehrsberuhigten Bereichs nicht gewünscht wird, die Umgestaltung dieses Bereichs in eine Tempo-30-Zone sein. Ergänzend hat der Ausschuss darauf hingewiesen, dass der Bedeutungsgehalt von Verkehrszeichen nicht durch erklärende Hinweise, sondern mit den „klassischen Methoden“ dem Kraftfahrer verdeutlicht werden sollen: Durch Aufklärung und durch Überwachung.“

Mit anderen Worten: Wenn zu schnell gefahren wird, ist der verkehrsberuhigte Bereich falsch gestaltet.

Die Heiliggeistgasse wirkt optisch breiter und der verfügbare Raum für Fahrzeuge ist größer geworden, daran ändern auch die etwas stümperhaft angebrachten Einbauten nichts. Der Vorschlag von Anwoh-

nern, z.B. Bäume so zu pflanzen, dass sie den Fahrweg verengen und verkehrsberuhigend wirken, oder Pflanzenkübel entsprechend aufzustellen, wurde ignoriert. Die Bäume wurden vor dem Domberg gepflanzt, wo ja auch ein erschreckender Mangel an Bäumen herrscht. Breite Straßen fordern zu schnellerem Fahren auf.

Unter „Gestaltung“ nur die Einbauten zu verstehen, wäre ein Missverständnis.

Gestaltung umfasst auch die gesamte Verkehrsplanung. Zeitlich unbegrenzter Ladeverkehr, die großen Stadtbusse in hoher Frequenz, eine breite Fahrbahn, dies alles suggeriert normalen, ungehinderten Verkehr. Der Einbau weiterer „Schikanen“ zur Verkehrsberuhigung ist nicht möglich, weil die großen Busse, der Ladeverkehr und zweispuriger Verkehr seitens der Stadtverwaltung Bedingung sind.

Für eine verkehrsberuhigte Innenstadt wären, da der Busverkehr in der Innenstadt notwendig ist, kleine Busse zwingend. Und notwendig wäre eine Überprüfung, wie durch eine Umgestaltung der Buslinien die Innenstadt zwar versorgt werden kann, trotzdem weniger Busverkehr stattfindet.

Zweitens ist natürlich auch eine deutliche Einschränkung des Ladeverkehrs zeitlich und regional möglich und auch notwendig. Will man sich diesen Notwendigkeiten nicht stellen, wird eine Verkehrs-

beruhigung nicht stattfinden aus den oben angeführten Gründen. Es ist völlig unerklärlich, weshalb die Stadtspitze den Charme und die Unbeschwertheit der Neugestaltung der Innenstadt, die auf den Planungsskizzen und Bildern zum Ausdruck kamen, durch die Unbeweglichkeit gegenüber dem Einsatz kleiner Busse in der Innenstadt aufs Spiel setzt.

Das oben angeführte Gutachten besagt, wenn durch die Gestaltung eines Bereiches nicht die Verkehrsberuhigung erreicht wird, ist die Konsequenz die Umgestaltung dieses Bereichs in eine Tempo-30-Zone. Dies wiederum macht aber bei dem mittlerweile gestiegenen Verkehrsaufkommen höhenabgesetzte Bürgersteige zum Schutz der Fußgänger unabdingbar.

Das beste Material für die Neugestaltung?

Das Problem mit der offenporigen Oberfläche des Granits, auf dem alle Substanzen (Kaffee, Bier Ketchup, Kaugummi, Öl...) hässliche Spuren hinterlassen, die nicht mehr zu tilgen sind, ist in der Heiliggeistgasse zu besichtigen. Vielleicht hat man das vorher nicht erkannt. Aber es gibt andere weniger schmutzempfindliche Baumaterialien. Noch hätte man die Möglichkeit, für die anderen Bereiche eine Änderung vorzunehmen.

Rechtswidrige Zustände auf der Baustelle

Die Bauphase ist für die Anwohner immer schwierig, da muß man halt durch. Aber man sollte erwarten können, dass der Bauherr, also die Stadt, dafür Sorge trägt, die Bürger nicht mehr als nötig zu belasten. Der Baustellenbetrieb in der Heiliggeistgasse widersprach in vielen Punkten geltenden Arbeitsschutznormen. Die Granitsteine wurden mit einem benzinmotorgetriebenen Winkel-

schleifer geschnitten, was einen nicht zu ertragenden Lärm entstehen ließ. Nachdem sich die Anwohner beschwerten, war zu erfahren, dass in einer vorausgegangenen Arbeitssitzung des Tiefbau-



WIR MÜSSEN ALLE OPFER BRINGEN UM GUT ZULEBEN

amtes und der durchführenden Firma das Thema Lärm angesprochen worden war. Seitens der Firma sei gesagt worden: „Da machen wir gar nichts. Wir sehen erst mal, welche Reaktionen von den Anwohnern kommen, dann können wir immer noch reagieren.“ Die Vertreter der Stadt haben dem offensichtlich nicht widersprochen.

Als Beschwerden kamen und die Baufirma reagieren musste, stellten sie einen Stahlcontainer auf, in dem ein Arbeiter die Steine schneiden musste. Eine zusätzlich Qual für den Arbeiter, aber ohne jede schalldämmende Wirkung. Soweit der aktuelle Stand der Technik es zulässt, müssen laut § 7 LärmVibrationsArbSchV Gefährdungen (hier Lärm) soweit wie möglich verringert werden.

Denkbare Maßnahmen sind hier alternative Arbeitsverfahren, der Einsatz neuer Arbeitsmittel und zuletzt auch arbeitsorganisatorische Änderungen zur Belastungsminde rung. Technische Maßnahmen haben aber in jedem Fall Vorrang. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies, der Bauunternehmer ist verpflichtet, lärmgeschützte Maschinen einzusetzen. Er hält sich nicht daran. Das ist rechtswidrig und die Stadt als Bauherr toleriert es. Wenn schon die öffentliche Hand nicht auf Einhaltung von Rechtsnormen besteht, vom wem soll man es dann erwarten?

Die Anwohner mussten während der Bauphase immer bei laufenden Arbeiten, also während z.B. ein großer Bagger arbeitete, durch die Baustelle laufen. Das ist mit keiner Unfallverhütungsvorschrift in Einklang zu bringen.

Bewegen sich beispielsweise täglich viele Passanten in der Nähe des Baugebiets, dürfen diese nicht in Gefahr geraten, baubedingte Verletzungen davonzutragen (Baustellenverordnung).

Hier wird von der „Nähe des Baugebietes“ gesprochen, weil ein Durchqueren der Baustelle völlig undenkbar ist.

Als ich dies dem Tiefbauamt gegenüber angesprochen habe, wurde mir gesagt, es ginge nicht anders und die Bauarbeiter würden schon aufpassen. Natürlich haben diese Leute sehr umsichtig gearbeitet, aber auch Baggerfahrer haben hinten keine Augen. Das ist völlig rechtswidrig, die Stadtverwaltung hat es gewusst und geduldet.

Mietpreistreiberei?

Ein Teil der Baukosten wird auf die Anlieger umgelegt. Die Stadt vertritt den Standpunkt, durch die Umgestaltung der Innenstadt steige der Wert der Häuser. Die Eigentümer könnten sich die Kosten über die Miete zurückholen. Es ist ja keine

neue Erkenntnis, daß Innenstädte durch steigende Mieten nicht attraktiver werden. Der Charme unserer Innenstadt ist auch der noch vorhandenen Vielfalt der auch kleinen Geschäfte geschuldet. Warum unterstützt die Stadt die Mietpreistreiber?

Folgenloses Reden

Betroffene haben mit Stadträten, dem Oberbürgermeister, mit allem und jedem gesprochen und viele der oben angeführten Probleme dargestellt. Folgenlos. Man muß sich von den Vertretern der Stadt im Gegen-

teil anhören, es hätte doch Versammlungen gegeben, auf denen man alles hätte sagen können. Ja eben, folgenloses Reden!

Natürlich kann eine Verwaltung nicht auf jedes individuelle Problem reagieren. Aber eine „Verkehrsberuhigung“, die den Verkehr nicht beruhigt, ein Straßenbelag, der nach kurzer Zeit die Einfärbung einer Bahnhofoberfläche annimmt, und eine sicherheitstechnisch völlig inakzeptable Baustellendurchführung, das sind keine individuellen Probleme, das sind Probleme, deren

sich der Stadtrat annehmen sollte. Wen wundert es, dass bei einer solchen Projektdurchführung schon jetzt die projektierten Baukosten um 16 % überschritten sind?

Gastkommentar von Heinz Braun

Vorstellung: Rosemarie Eberhard



Geboren bin ich am 14. Januar 1954 in Aschaffenburg. Ich war an der UNI Freising-Weihenstephan als Bauzeichnerin und Technische Zeichnerin tätig und bin kürzlich in Rente gegangen. Verheiratet bin ich seit 33 Jahren.

Mit 40. Jahren wurde ich über mein Engagement bei „Mehr Demokratie e.V.“ Mitglied der Grünen. Aus einer Militärfamilie stammend war mir klar, dass es für mich an der Zeit wurde, nicht immer nur zu meckern, zu demonstrieren und gegen das so genannte Establishment zu sein. Ich

wollte mehr zu „einer besseren Welt“ beitragen. „Ökologisch, sozial und basisdemokratisch“ war für mich der richtige Weg. Also wurde ich Mitglied bei den Grünen.

Stadträtin für Die Grünen in Freising war ich 15 Jahre lang und hatte während dieser Zeit u.a. einen Sitz im Hauptausschuss, im Kultur- und Ausschuss, im Sozialbeirat und hatte diverse Sitze in den verschiedensten Gremien.

Die ehrenamtliche Stadtratstätigkeit macht mir sehr viel Spaß, lässt mir trotzdem Zeit für meine Hobbies wie Malen, Zeichnen und Musik, eigentlich „ALLES UM KUNST UND KULTUR“ Diesen Bereich kann ich sehr gut mit meiner Stadtrats- tätigkeit verknüpfen.

Durch die langjährige Arbeit im Stadtrat, darunter eine Legislaturperiode als Fraktions- sprecherin, und durch mein Engagement bei vielen Wahl-

kämpfen habe ich ein sehr gut ausgebautes Netzwerk und gute Verbindungen.

Das erste Mal rüttelte die Abstimmung um den Kosovo-Krieg an meinen Grundfesten. Die spätere Gründung der FREISINGER LINKEN durch zwei Fraktionskollegen kam meiner kritischer werdenden Haltung zur grünen Politik entgegen und ließ mich seit damals nie mehr ganz los. Ihr Verlassen der Grünen erfüllte mich mit Wehmut. Die Entwicklung der Grünen aus meiner Sicht möchte ich hier schriftlich nicht mehr kommentieren, zumal die Presse zu Jahresbeginn darüber berichtete.

Ich bin froh, dass mich die Stadtratsgruppe FREISINGER LINKE so warmherzig aufgenommen hat und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit. Ich werde mich weiterhin genauso leidenschaftlich engagieren, wie man es von mir erwartet.

PRESSEERKLÄRUNG zum Arbeitsverbot für Flüchtlinge

Die Weisung des bayerischen Innenministeriums, Flüchtlingen aus Afghanistan, Pakistan und Nigeria keine Arbeitserlaubnis mehr zu erteilen, ist unanständig und populistisch. Sie verärgert zu Recht die ehrenamtlichen Betreuer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Landratsamtes. Schließlich kommen zwei Drittel der im Landkreis Freising untergebrachten Flüchtlinge aus diesen Ländern.

Die Begründung des Innenministeriums, Flüchtlinge aus Afghanistan, Pakistan und Nigeria hätten eine „niedrige Bleibeperspektive“, ist unwahr. Asylbewerber aus Afghanistan haben beispielsweise eine Anerkennungsquote von mehr als 60 Prozent. Zudem ist das Asylrecht ein Individualrecht. Die Entscheidung über ein Bleiberecht ist immer eine Einzelfallentscheidung, beurteilt werden ausschließlich die persönlichen Fluchtgründe des Geflüchteten und nicht sein Herkunftsland.

Es ist grundfalsch, arbeitswillige Flüchtlinge nicht arbeiten zu lassen. Zum Einen werden im Landkreis händeringend Arbeitskräfte und Auszubildende vor allem im Handwerk gesucht. Zum Anderen: Flüchtlinge, die arbeiten, ihre Steuern bezahlen und selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen, sind nun wieder gezwungen, sich in soziale Abhängigkeit zu begeben. Es kann nicht gut sein, wenn arbeitswillige Flüchtlinge, zumeist junge Männer, den ganzen Tag in ihren tristen Unterkünften sitzen, nichts zu tun haben und dem Staat auf der Tasche liegen.

Die CSU-Staatsregierung scheint das Ziel zu verfolgen, das Leben der Geflüchteten zu erschweren und eine funktionierende Integrationsarbeit zu vereiteln. Die Aussage von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer, „ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist, den wirst du nie wieder los“, scheint nun zur Staatsdoktrin in Bayern zu werden.

Die einzige mögliche Erklärung für diese unsinnige Anordnung des Innenministeriums liegt für die Freisinger Linke darin, dass sich die CSU im kommenden Bundestagswahlkampf mit solchen Aktionen die Stimmen möglicher AfD-Wähler sichern möchte.

Landrat Josef Hauner und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausländeramt des Landkreises Freising haben in den letzten beiden Jahren viel geleistet. Die schwierige und umfangreiche Aufgabe, die Geflüchteten angemessen unterzubringen und zu betreuen, wurde von ihnen gut gemeistert. Die Freisinger Linke hofft, dass sich die Verantwortlichen im Landratsamt durch die Populisten im Bayerischen Innenministerium keine Knüppel zwischen die Beine werfen lassen.

Albert Schindlbeck, Dr. Guido Hoyer
FREISINGER LINKE im Kreistag Freising

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

AufMUCken gehört zum guten Ton

Keiner braucht die dritte Startbahn, trotzdem wird sie von Bayerns CSU-Regierung und Teilen der SPD nicht aufgegeben

Volkes Wille ist Mist: Jedenfalls finden das die CSU und der bayerische Ministerpräsident sowie einige der Münchner Stadtoberen der SPD in Bezug auf den Bürgerentscheid zur dritten Startbahn. Denn 2012 haben die Münchnerinnen und Münchner dem Bau einer dritten Startbahn für den Münchner Flughafen ein klares Nein entgegen gesetzt. Seitdem ruhen die Planungen, aber einfach aufgeben wollen die Regierenden in Bayern nicht.

Erstmal hieß es abwarten. Und nun lässt man im Zweifel nochmal neu abstimmen. Aber ein Risiko wäre es auch. Denn was ist, wenn die Mehrheit wieder gegen die dritte Startbahn ist?

Für eine Neuaufstellung hatte sich im Februar sogar Münchens SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter ausgesprochen, als „Ratsbegehren“ von betroffenen Gemeindevertretungen im kommenden Jahr. OB Reiter bekam für diesen Vorschlag prompt eine Watschn vom Bundestagsabgeordneten Florian Post aus seiner eigenen SPD, der das als „Schwachsinn-Idee“ abgetan hat. Was nicht viel heißt, denn das könnte auch eine abgekartete Taktik sein.

Wesentlich deutlicher die Töne bei der CSU, zum Beispiel im Landtag. Mächtig stolz ist man da auf den wunderbaren Münchner Flughafen, der ja sogar nach dem „CSU-König“ und Übervater der Christsozialen benannt ist: Franz-Josef Strauß. 25 Jahre gibt es ihn jetzt. Und die CSU will ihn noch immer größer und größer. Natürlich will auch sie einen

neuen Bürgerentscheid. Ständig meldet sich Erwin Huber als CSU-Sprecher des Wirtschaftsausschusses zu Wort, die dritte Startbahn sei für eine „wirtschaftliche Entwicklung in Bayern“ wichtig.

Der Klimawandel ist für die CSU vermutlich eine Erfindung „von dene Preißn“, ohne direkte Verbindung zur angeblich heilen Heimat in Bayern. Dabei ist es hier im Durchschnitt bereits 1,5 Grad wärmer, mit allen Folgen, die die Erderwärmung auch für Bayern hat: Extremwetter-Ereignisse wie Stürme, Starkregen und Dürreperioden haben massiv zugenommen. Aber einen Zusammenhang mit den etwa 500.000 Litern Kerosin, die täglich am Münchner Flughafen verbrannt werden, sieht man bei der CSU nicht.

Die Flughafengesellschaft FMG, in deren Aufsichtsrat Markus Söder, CSU, sitzt, erklärte vor kurzem, dass sie mit zwei Startbahnen zwar den bestehenden Betrieb gut abwickeln könne. Aber für mögliche Zuwächse sei der Bau der dritten Start- und Landebahn notwendig. Solche Zuwächse werden eben auch erzeugt, indem Fluglinien mit Marketingmaßnahmen und Millionengeldern angefüllt werden, damit sie sich im Erdinger Moos ansiedeln. Anwohnerinnen und Anwohner sprechen davon, dass hier ein künstlicher Bedarf erzeugt wird. Aber Siemens droht mit Abwanderung, wenn die geforderte „Infrastruktur“ nicht gebaut werde. Man müsse international wettbewerbsfähig bleiben. Es ist wie beim Autobahnbau: Wenn sie erstmal da ist, dann finden sich auch welche, die darauf fahren. Die dritte Startbahn ist aber so überflüssig wie ein Kropf.

Als langjährige Bundestagsabgeordnete habe ich mich immer wieder

gegen die dritte Startbahn gewandt. 2005 habe ich zum Beispiel in Berlin in einer Rede die drohende Absiedlung der Dörfer Eittingermoos und Schwaigermoos kritisiert. Weil sie für mich Symbol einer völlig verfehlten Politik ist. Schwaigermoos existiert ja jetzt praktisch schon nicht mehr: es liegt unter einer Betonpiste. So soll es nach dem Willen der CSU auch Eittingermoos und Attaching ergehen: die Grundstücke werden aufgekauft, Häuser vermutlich abgerissen, nur weil sich die Bayerische Staatsregierung die dritte Startbahn wünscht. Aber ein Zuhause ist nicht bezahlbar und kann nicht entschädigt werden.

Menschen werden vertrieben und entwurzelt – für eine sinnlose dritte Startbahn. 2011 habe ich als Vorsitzende des Umweltausschusses auf dem Münchner Marienplatz auf einer riesigen Demo gegen die dritte Startbahn gesprochen.

Ich habe auch Dutzende Kleine Anfragen zum Thema Dritte Startbahn an die Bundesregierung gestellt und häufig Zahlen abgefragt: So stellte sich zum Beispiel 2015 heraus, dass es ein großes Verlagerungspotential von Flügen auf die Schiene gibt, was eindeutig gegen die Notwendigkeit eines Ausbaus der dritten Startbahn spricht. Immer wieder bin ich aber auch auf Granit gestoßen: Zum Beispiel als es mir darum ging, herauszubekommen, was die Bundesregierung über die Umwandlung der FMG in eine Aktiengesellschaft weiß. Da haben sich die Regierungsstellen dumm gestellt, obwohl der Bund ja zu mehr als einem Viertel Anteilseigner am Flughafen ist, hat er von diesen wichtigen Dingen angeblich nichts mitbekommen.

42 Millionen Passagiere hatte der Flughafen im vergangenen Jahr – ein

Rekord – zum Leidwesen der Anwohnerinnen und Anwohner. Das sind 394.000 Flugbewegungen, im Durchschnitt bedeutet das: tagsüber etwa jede Minute ein Start oder eine Landung. Und es sollen nach dem Willen der bayerischen Staatsregierung noch mehr werden. Zu den ca. 1.100 Flugbewegungen täglich soll eine dritte Startbahn noch mindestens 400 weitere erzeugen. Ohne Rücksicht auf Verluste. Denn, dass das Umland in einer Wolke aus Feinstaub, Schadstoffen, Abgas und Lärm lebt, ist den Strippenziehern der CSU keine Erwähnung wert.

Die Belastung durch Ultrafeinstaub, also der super-winzigen aber vermutlich noch gefährlicheren Partikel, überhaupt zu erfassen, dies hält die Flughafengesellschaft FMG nicht für nötig. Man verfüge nicht über derartige Geräte. Ein paar engagierte Bürger vor Ort schon. Mit eigens teuer angeschafften Messgeräten hat der Freisinger "Bürgerverein zur Vermeidung von Lärm- und Schadstoffbelastung" eine Überschreitung des Normalwertes um das zig-fache gemessen. Gerade Ultrafeinstaub-Partikel können über die Lunge in die Blutbahn und in die inneren Organe sowie ins Gehirn gelangen. Sie können Herzinfarkt und Krebs auslösen. Auch andere Krankheiten werden mit den Nano-Teilchen in Verbindung gebracht.

Aber Gesundheit der Menschen und Klimaschutz sind den Freistaats-Regierenden ebenso egal wie das Votum der Bürgerinnen und Bürger gegen eine dritte Startbahn. Für Freising habe der Flughafen viele gut bezahlte Jobs geschaffen, heißt es, dabei wird unterschlagen, wie viele NiedriglöhnerInnen und LeiharbeiterInnen bei Subunternehmen beschäftigt waren und sind. Noch keine zehn Jahre ist es her, da wurde mit Steuern und Sozial-

abgaben, mit Mini-Jobbern und Leiharbeitern über ausgelagerte Firmen getrickst, was das Zeug hielt. Und die staatliche Flughafengesellschaft FMG steckte mittendrin in der Betrugsaffäre auf Kosten von der Arbeiter und natürlich der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Und was ist mit den steigenden Mieten vor Ort? Seit vielen Jahren leisten mehrere Umwelt- und Bürgerinitiativen aus Freising und Umgebung massiven Widerstand gegen den Flughafenausbau. Die Region steht vor dem Kollaps, weil dort Wohnraum und Kitas und Schulen zur Verfügung gestellt werden sollen. Es ist aber kein Platz da und kaum Möglichkeiten, diese Nachfrage zu bedienen. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Attaching leben heute schon mit den Auswirkungen des Flughafens. Eine dritte Startbahn würde ihr Zuhause unerträglich machen.

Heimatminister Söder fühlt sich eben nicht für die Heimat Freising und Attaching zuständig.

Interessant ist, dass Herr Söder gerade neue Zahlen ausarbeiten lässt, die neues Futter für die Befürworter der dritten Startbahn bieten sollen. Ein solches bestelltes „Gutachten“ können sich die Herren sparen, wir wissen bereits, was drin steht und was davon zu halten ist. Bundesverkehrsminister Dobrinth, CSU, ein verkehrs- und klimapolitischer Totalversager, hat es in vier Jahren nicht geschafft, die verheerende CO2-Bilanz des Verkehrssektors auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Das will schon etwas heißen. Stattdessen schützt er die Autokonzerne vor Konsequenzen aus dem Abgasskandal – auf Kosten der Gesundheit der Menschen.

Als positives Gegenbeispiel könnte Wien gelten. Dort hat ein Gerichtsurteil im Februar den Bau einer

dritten Startbahn am Flughafen Wien-Schwechat verhindert. Damit ist vom Gericht der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang eingeräumt worden vor den Profitinteressen von Airlines und Flughafenbetreibern. Die Richterscheidung in Österreich beruft sich neben dem Pariser Klimaschutzabkommen zudem auf das nationale Klimaschutzgesetz in Österreich und ist damit ein klares Plädoyer gegen mehr Treibhausgasemissionen und eine hohe zusätzliche CO2-Belastung.

Auch gegen ein anderes Großprojekt gab es jahrelang Proteste: Stuttgart 21. Hier führte eine landesweite Volksabstimmung 2011 dazu, dass der Bau schließlich fortgeführt werden konnte. Es fand sich keine Mehrheit für den Abbruch des Mega-Projekts. In Bayern ist mit der dritten Startbahn derzeit aber die Stimmungslage anders: auch landesweit lehnt eine Mehrheit die dritte Startbahn klar ab.

Es wird Zeit, dass auf die Menschen endlich einmal gehört wird. Die Umwelt, das Klima und damit auch die Menschen haben etwas davon. Es ist ein zäher und jahrelanger Kampf. Die Linke wird weiter auf der Seite der Menschen und der Vernunft stehen und gegen die Startbahn aufmucken.

Von Eva Bulling-Schröter

energie- und klimapolitische Sprecherin
DIE LINKE im Bundestag

Dr. Guido Hoyer

Ihr Direktkandidat für die Landkreise Freising und Pfaffenhofen, für Aresing und die Stadt und Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen

Soziales Engagement durchzieht mein bisheriges Leben. Ich wurde 1968 geboren und bin Politikwissenschaftler.

Seit 1989 bin ich aktiv in der Bildungsgewerkschaft GEW. Seit 2009 bin ich ehrenamtlicher Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Freising-Erding.

Beruflich tätig bin ich als Landesgeschäftsführer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Bayern.

Ich engagiere mich seit 1991 kommunalpolitisch in meiner Heimatstadt Freising als Stadt- und Kreisrat.

Auf allen politischen Ebenen gilt: Die Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden.

Ein menschenwürdiges Dasein für alle: DIE LINKE im Bundestag stärken! Helfen Sie mit.

Gemeinsam machen wir Deutschland ein Stück sozialer.

Kennen Sie diesen Text?

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“

Das steht in Artikel 151 der bayerischen Verfassung.

In Deutschland haben Sozialstaat und Frieden Verfassungsrang und nicht die Profite der Konzerne und Banken.

DIE LINKE ist der „Verfassungsschutz“, der die Werte der Verfassung verteidigt – als einzige Partei im Bundestag.

Wir werden auch im neuen deutschen Bundestag der Anwalt der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens sein.

Wir werden dafür sorgen, dass die Belange des Umweltschutzes nicht dem Profitstreben geopfert werden.

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.

Dafür bitte ich am 24. September um Ihre Stimme!



© Daniel Weigelt

**Sozial.
Gerecht.**

Dr. Guido Hoyer

DIE LINKE.

www.freisinger-linke.de

Die Karikaturen für diese Ausgabe fertigte dankenswerterweise Andreas Pfenninger für die Freisinger Linke an